

## Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 25.2.2008

Sitzungsort: **A 013**

Beginn der Sitzung um **17.00** Uhr.

Ende der Sitzung um **20.15** Uhr.

Vorsitz führte: **Bürgermeister Kreuzberg**

### Mitglieder

- Dahmen
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Breu (2. stv. Vors.)
- Dr. Petran

- Schmitz, H.

- vom Hagen

- Pitz

### Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- J.v. Bothmer
- Schiffer
- Becke
- Kuhl
- Nies
- Radermacher
- 
- 
- 

### Schriftführerin

M. Müller

### Gäste

- Herr Boehnert , KPMG
- Herr Willenborg, KPMG
- Herr Gardemann, Stadtwerke
- 
- 
- 
- 
- 

### Stellvertretende Mitglieder

- |   |     |
|---|-----|
| <input type="checkbox"/> Dr. Dahm                   | CDU |
| <input type="checkbox"/> Gerharz, F.J.              | CDU |
| <input type="checkbox"/> Vogel                      | CDU |
| <input type="checkbox"/> Stilz                      | CDU |
| <input type="checkbox"/> Boley                      | CDU |
| <input type="checkbox"/> Ehrenstein                 | CDU |
| <input type="checkbox"/> Falkenstein                | CDU |
| <input type="checkbox"/> Fischer                    | CDU |
| <input type="checkbox"/> Dr. Frantziach-Immenkeppel | CDU |
| <input type="checkbox"/> Gerharz, Th.               | CDU |
| <input type="checkbox"/> Hepp                       | CDU |
| <input type="checkbox"/> Pohl                       | CDU |
| <input type="checkbox"/> Pütz                       | CDU |
| <input type="checkbox"/> Rau                        | CDU |
| <input type="checkbox"/> Schumacher                 | CDU |
| <input type="checkbox"/> Simons                     | CDU |
| <input type="checkbox"/> Vetterling                 | CDU |

- |                                      |     |
|--------------------------------------|-----|
| <input type="checkbox"/> Blanke      | SPD |
| <input type="checkbox"/> Heck        | SPD |
| <input type="checkbox"/> Grafe       | SPD |
| <input type="checkbox"/> Jung        | SPD |
| <input type="checkbox"/> Reinkemeier | SPD |
| <input type="checkbox"/> Salvador    | SPD |
| <input type="checkbox"/> Vilkman     | SPD |
| <input type="checkbox"/> Weesbach    | SPD |
| <input type="checkbox"/> Wehrhahn    | SPD |

- |                                  |        |
|----------------------------------|--------|
| <input type="checkbox"/> Baule   | fw/bVb |
| <input type="checkbox"/> Arth    | fw/bVb |
| <input type="checkbox"/> Bohlken | fw/bVb |
| <input type="checkbox"/> Mainzer | fw/bVb |
| <input type="checkbox"/> Müller  | fw/bVb |

- |  |       |
|--|-------|
| <input type="checkbox"/> Bortlisz-Dickhoff | Grüne |
| <input type="checkbox"/> Niclasen          | Grüne |
| <input type="checkbox"/> Schönhütte        | Grüne |
| <input type="checkbox"/> Weber             | Grüne |

- |                                 |     |
|---------------------------------|-----|
| <input type="checkbox"/> Brämer | FDP |
|---------------------------------|-----|

A) Öffentlicher Teil	3
1. Niederschrift vom 18.2.08	3
2. Übertragung Betriebshof an Stadtwerke Brühl GmbH	3
hier: Vorstellung der Prüfungsergebnisse durch die KPMG- Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	3 3
Vorlage-Nr. 56/91 al	3
3. Haushalt 2008	5
Bezug: Rat 10.12.07, HA 11.2.08 und 18.2.08	5
Vorlage-Nr. 60/07	5
3.1 Vierte verwaltungsseitige Fortschreibung und Fortschreibung gem. Abstimmung Anträge HA 18.2.08	5 5
Vorlage-Nr. 60/07 p	5
3.2 Alternativen zum Rathaus B/Neubauteil – Bündelung der städtischen Immobilien	6
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 14.12.07	6
Bezug: HA 11.2.08	6
Vorlage-Nr. 33/03 l	6
3.3 Auswirkungen des demographischen Wandels	6
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 27.1.08	6
Bezug: HA 11.2.08	6
Vorlage-Nr. 3/08	6
3.4 Geänderte Kennzahlendarstellung Kunst- u. Musikschule	7
Vorlage-Nr. 60/07 q und 60/07 s	7
3.5 Abstimmung der noch offenen Anträge der Fraktionen	8
Bezug: HA 11. und 18.2.08	8
Vorlage-Nr. 60/07 l und 60/07 r	8
4. Wiedereingliederung des Sondervermögens „Abwasser“ in die Stadt Brühl	9
Vorlage-Nr. 34/92 as	9
5. Bürgerschaftsübernahme	9
Vorlage-Nr. 249/88 f	9
6. Benennung einer Straße nach Xavier Kürten	9
hier: Bürgerantrag vom 12.3.01	9
Bezug: HA 7.5.01	9
Vorlage-Nr. 387/80 bt	9
7. Neues Internetportal	9
Vorlage-Nr. 12/89 bg	9
8. Anfragen	10
8.1 Max-Ernst-Kabinett	10
B) Nichtöffentlicher Teil	11
9. Anfragen	11
9.1 Phantasialand	11

**Bürgermeister Kreuzberg** eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

### **Zur Tagesordnung:**

**Bürgermeister Kreuzberg** bittet, die als Tischvorlage ausgelegte Vorlage Nr. 60/07 s „Kennzahlendarstellung Kunst- und Musikschule“, bei der Beratung des TO-Punktes 3.4 mit zu berücksichtigen.

#### **A) Öffentlicher Teil**

##### **1. Niederschrift vom 18.2.08**

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 18.2.08 werden keine Einwände erhoben.

##### **2. Übertragung Betriebshof an Stadtwerke Brühl GmbH**

**hier: Vorstellung der Prüfungsergebnisse durch die KPMG-  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Vorlage-Nr. 56/91 a1**

Anhand einer Powerpoint-Präsentation stellt **Herr Holger Boehnert, KPMG**, die Ausgangssituation, den Projektverlauf, die rechtliche und wirtschaftliche Machbarkeit und den strategischen Ausblick der Machbarkeitsstudie zur Aufgabenverlagerung zwischen Stadt und Stadtwerken Brühl GmbH dar.

Im Anschluss an die Präsentation findet eine ausgiebige Beratung der Angelegenheit statt.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) stellt fest, dass die Ausrichtung der Stadtwerke als sogenannte „Multi-Utility-Organisation“ als eine Stärke der Maßnahme dargestellt werde, während auf der anderen Seite als Vorteil für die Stadt hervorgehoben werde, dass sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren könne. Dies sei in seinen Augen ein Gegensatz.

Er vermisse darüber hinaus Aussagen über mögliche Einspareffekte im Zusammenhang mit der Gebausie und stellt fest, dass eine direkte Einflussnahme des Rates nach der Übertragung nicht mehr gegeben sei. Wichtig sei daher, einen konkret verantwortlichen Ansprechpartner zu benennen und dies auch vertraglich abzusichern. Fraglich sei für ihn auch, wo die Möglichkeit einer Erhöhung der Kundenbindung gesehen werde, wenn es den Stadtwerken nicht möglich sei, Leistungen auch an Dritte zu verkaufen. Schließlich sehe er ein Risiko in der nach § 613 a BGB möglichen 4wöchigen Widerspruchsfrist der Beschäftigten. Auch der vorgesehene Zeitplan könne s. E. kaum eingehalten werden.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) hebt zunächst die äußerst sorgfältige Arbeit der KPMG hervor im Gegensatz zum vorherigen Gutachten. Fraglich sei jedoch, ob die vorgelegten Verbesserungsvorschläge nicht auch in städtischer Regie umsetzbar seien, wie man die nicht weniger werdende Arbeit mit weniger Arbeitskräften ausführen wolle und wo der konkrete Vorteil der Maßnahme für die Stadt Brühl liege.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) ergänzt, dass eine konkrete Haushaltskonsolidierung nicht erkennbar sei. Allerdings sei der städtische Haushalt auch nicht negativ betroffen und die Stadtwerke profitierten eindeutig von der Maßnahme. Wichtig sei die Frage, ob der Aktivtausch zum Tragen komme und ob es Auswirkungen auf die Liquidität gebe. Wenn es hier tatsächlich einen negativen Effekt gebe, müsse dieser auch genau beziffert werden. Abschließend stellt er fest, dass nicht zuletzt auch positiv hervorzuheben sei, dass durch das neue Gutachten endlich die unsägliche Diskussion über angeblich 30 Überhangstellen beendet sei.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) bittet um eindeutige Auskunft zu der für ihn überaus wichtigen Frage nach den Auswirkungen des Vorhabens auf die Kalkulation des Gebührenhaushalts. Auch sei s. E. noch keine endgültige Entscheidung über das strategische Ziel getroffen worden, d. h. zu der Frage, wo man mit den Stadtwerken, aber auch mit der Gebausie, überhaupt hinwolle.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) ist der Ansicht, dass man die Frage, ob man den Stadtwerken das Vertrauen schenken könne, aufgrund der bisherigen Erfahrungen eindeutig mit „ja“ beantworten könne. Seine Fraktion spreche sich grundsätzlich für die Übertragung aus, obwohl man mit dem vorliegenden Beschlussentwurf noch keine endgültige Entscheidung treffe sondern lediglich den Auftrag für die weiteren noch erforderlichen Prüfungen erteile.

Er könne sich auch vorstellen, dass die Kalkulation für die Strom-, Gas- und Wasserpreise positiv beeinflusst werden könnten, da man die sogenannten „Sowieso-Kosten“ nun auf mehr Leute umlegen könne.

Abschließend bittet er, die Stellungnahme des Personalrates noch vorzulegen.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) stellt fest, dass die Wirtschaftsprüfer der KPMG häufig die Formulierung „Wir glauben“ verwendet hätten. Dies sei auch korrekt, da natürlich niemand mit absoluter Gewissheit das spätere Ergebnis konkret vorhersagen könne. Er verweist auf die Formulierung des Beschlussvorschlags, in dem die eigentliche Übertragung noch nicht endgültig vorgesehen sei und schlägt vor, mit Vertrauen an die Sache heranzugehen. Es gehe nicht darum, sich einen „Dukatensesel“ anzuschaffen, sondern um einen Beitrag zu leisten zur strukturellen Stärkung des Konzerns Stadt Brühl. Er verweist diesbezüglich auch auf den späteren TO-Pkt. „Wiedereingliederung des Sondervermögens Abwasser in die Stadt Brühl“, der im Grunde genommen das gleiche Ziel habe. Er halte das hier vorgestellte Projekt für sinnvoll und schlägt vor, alles zu tun, um diesen Weg zu beschreiten.

Im Hinblick auf die Anmerkung des Fraktionsvorsitzenden Pitz (FDP) erinnert er daran, dass die Strategiediskussion bereits Ende der 80er Jahre geführt worden sei. Damals habe man bereits eine Entscheidung gefällt und aufgrund dessen Schwimmbad und Stadtbuss auf die Stadtwerke übertragen.

Abschließend gibt er zu bedenken, dass der Rat endlich einmal den Mut haben müsse, auch Einfluss abzugeben. Man habe bei den Stadtwerken einen fähigen Betriebsführer, so dass man Aufgaben bedenkenlos dorthin übertragen könne. Tue man dies nicht, nehme man Reibungsverluste in Kauf. Auch in Sachen Gebausie seien mutige Entscheidungen gefragt, möglicherweise auch die Auflösung eines Aufsichtsrates im Rahmen der anstehenden Kommunalwahl. Er appelliert daher nochmals an die Mitglieder des Hauptausschusses und des Rates, den hier vorgeschlagenen Weg zu gehen, der durchaus verantwortbar sei. Ohne Risiko sei nichts möglich.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) wirft hierzu ein, dass dann auch die Beschlussvorschläge der Verwaltung mutiger sein müssten. So fehlten z.B. klare Leistungsverzeichnisse, aufgrund dessen die geforderten Entscheidungen erst möglich seien.

**Herr Boehnert** und **Herr Willenborg**, **KPMG**, nehmen ausführlich zu den aufgeworfenen Fragen und Anmerkungen Stellung. So machen sie nochmals deutlich, dass es sich bei den Stadtwerken um ein technisches Unternehmen handle und die Verlagerung der Aufgaben des Betriebshofes dorthin sinnvoll sei. Die Situation der Stadtwerke werde hierdurch verbessert. Dem Thema „Gebause“ habe man sich im Rahmen der vorliegenden Prüfung nicht angenommen; hier seien jedoch sicherlich zusätzliche Synergieeffekte erreichbar.

Die Frage des Machtverlustes könne durch eine entsprechende Vertragsgestaltung geklärt werden; im Übrigen seien die Kosten aber auch heute bereits vorhanden.

Grundsätzlich seien die vorgeschlagenen Maßnahmen sicherlich auch in Eigenregie möglich; die größeren Synergieeffekte und eine größere Nachhaltigkeit der Maßnahmen seien allerdings nur mit der Übertragung auf die Stadtwerke zu erreichen.

Zu den Auswirkungen auf die Stadt Brühl werden nochmals die Kostenstabilität und die Kostentransparenz hervorgehoben, aber auch die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Stärkung eines Tochterunternehmens des Konzerns Stadt Brühl, der auf Dauer durch die Überschreitung der Nulllinie ein Plus verzeichnen werde.

Zum angesprochenen Stellenüberhang wird deutlich gemacht, dass dieser nicht nur in der Theorie bestehe sondern in konkreten und intensiven Gesprächen und Prüfungen ermittelt worden sei.

Man müsse bei jedem Weggang im Einzelfall überlegen, ob eine Nachbesetzung notwendig sei oder nicht.

Der Gebührenhaushalt bleibe – wie dargestellt – unberührt und eine Kundenbindung erreiche man durch die Tatsache, dass der Bürger künftig in Sachen „Versorgung“ einen einzigen Ansprechpartner habe.

**Stadtkämmerer Freytag** berichtet zur Frage des Aktivtausches, dass dieser derzeit von Rödel & Partner geprüft werde und ein Ergebnis möglicherweise bis zur Ratssitzung vorliege.

Auf die Liquidität des städtischen Haushaltes wirke sich die Maßnahme eher negativ aus, obwohl diese Auswirkungen sicherlich nicht sehr gravierend seien. Die im Rahmen der internen Leistungsbeziehungen bisher anfallenden Ein- und Ausnahmen entfielen allerdings ebenfalls.

**Herr Boehnert, KPMG**, ergänzt, dass eine Liquiditätsrechnung nicht erstellt worden sei, man jedoch von einer Kompensierung ausgehe. Der Aktivtausch müsse selbstverständlich testiert werden.

Zum angesprochenen Risiko der Widerspruchsfrist nach § 613 a BGB macht **Bürgermeister Kreuzberg** deutlich, dass er dieses Risiko als sehr gering bewerte, da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Übertragung finanzielle Vorteile hätten. Darüber hinaus teilt er mit, dass hinsichtlich der Gehälter eine längere vertragliche Festlegungsfrist vereinbart worden sei. Abschließend schlägt er vor, die Maßnahme in der nächsten Ratssitzung auf den Weg zu bringen und die aufgrund dessen noch zu leistenden Prüfungen und Vorbereitungsarbeiten bis zum endgültigen Beschluss zu erledigen. Ob der vorgeschlagene Zeitplan eingehalten werden könne, müsse man abwarten. Ggf. könne man diesen noch anpassen, wenn entsprechende Ergebnisse vorliegen würden.

**Herr Boehnert** und **Herr Willenborg, KPMG**, versichern abschließend, dass das vorliegende Modell in einem Zeitraum von einem halben Jahr intensiv erarbeitet worden sei. Es handle sich nicht nur um Ideen der KPMG sondern um Vorschläge, die gemeinsam mit den Verantwortlichen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und somit mit vielen klugen Köpfen erarbeitet worden seien. Man sei davon überzeugt, dass die Maßnahme zum Erfolg führe, da man sie ansonsten nicht vorschlagen würde. Mehr Sicherheit als die Darstellungen im vorliegenden Gutachten könne man jedoch nicht geben. Auch wenn man an vielen Stellen hart gerechnet habe, lasse sich im Übrigen auch nicht alles in Zahlen ausdrücken. Alles in allem handle es sich jedoch um einen vernünftigen und gangbaren Weg, der kein Risiko enthalte, welches nicht handelbar sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** dankt abschließend Herrn Boehnert und Herrn Willenborg für den ausführlichen und fundierten Vortrag und den Mitgliedern des Hauptausschusses für eine intensive und überaus sachgerechte Diskussion. Er schlägt vor, die endgültige Beschlussfassung in der kommenden Ratssitzung vorzunehmen.

---

Der Hauptausschuss verweist die Vorlage zur Beschlussfassung an den Rat.

- einstimmig -

### **3. Haushalt 2008**

**Bezug: Rat 10.12.07, HA 11.2.08 und 18.2.08**

**Vorlage-Nr. 60/07**

#### **3.1 Vierte verwaltungsseitige Fortschreibung**

**und Fortschreibung gem. Abstimmung Anträge HA 18.2.08**

**Vorlage-Nr. 60/07 p**

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

### **3.2 Alternativen zum Rathaus B/Neubauteil – Bündelung der städtischen Immobilien**

**hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 14.12.07**

**Bezug: HA 11.2.08**

**Vorlage-Nr. 33/03 I**

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) erläutert nochmals den Antrag seiner Fraktion. Um diesen konsensfähig zu machen, schlägt er eine Änderung in der Formulierung des Beschlussentwurfs dahingehend vor, dass die Kunst- und Musikschule nicht namentlich genannt werde.

**Bürgermeister Kreuzberg** berichtet, dass aufgrund des Ergebnisses des Krups Gutachtens z.Z. verwaltungsintern eine „Optimierung Immobilienstand“ in der Prüfung sei.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) erklärt sich damit einverstanden, wenn die Vorschläge im vorliegenden Antrag seiner Fraktion in diesem Rahmen mitgeprüft werden.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) stellt fest, dass der Neubauteil am Rathaus B durchaus seinen Zweck erfülle. Die nicht zu gewährleistende Barrierefreiheit werde durch einen separaten Raum ermöglicht, in dem Behinderte ihre Angelegenheiten ebenerdig erledigen könnten.

Einen umfangreichen Stellenabbau könne er im Übrigen nicht erkennen, da derzeit lediglich von einer einzusparenden Stelle im Zusammenhang mit der Übertragung des Betriebshofes auf die Stadtwerke die Rede sei.

Ein Anbau am Rathaus A sei sicherlich nicht mit den Denkmalschutzvorschriften verträglich; eine Überdachung sei machbar, allerdings keine Lösung auf Dauer. Zu Ziff. 2 des Antrages bittet er um eine Vorlage.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) kann dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zustimmen. Er schlägt vor, die Ausarbeitungen des verwaltungsinternen Arbeitskreises abzuwarten.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) ist ebenfalls der Ansicht, zunächst die Ergebnisse der bereits laufenden Optimierungsbemühungen abzuwarten. Die Vorschläge im FDP-Antrag könnten im Rahmen dessen mit berücksichtigt werden. Er schlägt daher vor, diese mit einzubeziehen und dazu Stellung zu nehmen.

---

Der Hauptausschuss bittet den Bürgermeister, die im FDP-Antrag aufgeführten Alternativen zu prüfen und hierzu Stellung zu nehmen.

- einstimmig -

### **3.3 Auswirkungen des demographischen Wandels**

**hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 27.1.08**

**Bezug: HA 11.2.08**

**Vorlage-Nr. 3/08**

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) erläutert den Antrag seiner Fraktion und bittet um Prüfung, welche Daten bereits vorhanden seien und in welchen Bereichen es noch sinnvoll sei, Daten zu ermitteln.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass die Auswirkungen des demographischen Wandels selbstverständlich grundsätzlich in den betroffenen Fachbereichen beachtet würden. Von daher handele die Verwaltung bereits im Sinne des Antrages. Festzustellen sei, dass es in Brühl aufgrund der vorhandenen weichen Standortfaktoren Vorteile gebe und der demographische Wandel hier gemäß der Prognose tendenziell geringere Auswirkungen habe.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) nimmt Bezug auf den erst kürzlich im Ausschuss für Soziales und Migration vorgelegten Seniorenplan und ist der Ansicht, dass auch für Kinder und Jugendliche in Brühl sehr viel angeboten werde. Die Aktivitäten auf diesem Gebiet reichten s. E. aus. Auch die Ausweisung neuer Wohngebiete deute darauf hin, dass in Brühl eine Veralterung nicht zu erwarten sei.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) hält das Thema für sehr wichtig. Allerdings sei die Beachtung der Auswirkungen des demographischen Wandels eine selbstverständliche Aufgabe der Verwaltung. Von daher sei es nicht notwendig, für entsprechende Ermittlungen 30.000 € auszugeben.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) erkennt ebenfalls nicht die Notwendigkeit, hier zusätzliche Kosten zu berücksichtigen. Aus vielerlei Materialien z.B. auch aus der Eigenstatistik würden sich die entsprechenden Zahlen bereits ergeben.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) hält dem entgegen, dass der Antrag nicht notwendig gewesen wäre, wenn bereits alles optimal berücksichtigt würde. Das Thema könne man jedoch nicht nur punktuell betrachten sondern es müsse gebündelt berücksichtigt werden. Konkrete Informationen lägen bisher nicht vor. Aufgrund der Aussage des Bürgermeisters könne er sich jedoch damit einverstanden erklären, vorerst kein Geld bereitzustellen. Ggf. könne man Mittel noch in den Haushalt 2009 einstellen.

**Bürgermeister Kreuzberg** erklärt nochmals, dass verwaltungsseitig bereits im Sinne des FDP-Antrages gehandelt werde.

#### **3.4 Geänderte Kennzahlendarstellung Kunst- u. Musikschule Vorlage-Nr. 60/07 q und 60/07 s**

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

---

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) führt aus, dass man aus der Tischvorlage die Erkenntnis ziehen müsse, dass eine Trennung von Kunst- und Musikschule durchaus ihren Reiz habe. Zur Kennzahlendarstellung insgesamt stellt er fest, dass man Haushaltsberatungen wohl künftig auf dieser Grundlage führen müsse. Im Folgenden weist er auf verschiedene Unstimmigkeiten und Additionsfehler hin und bittet um Erläuterung.

**Stadtkämmerer Freytag** bestätigt, dass die Kennzahlendarstellung eine erheblich höhere Aussagekraft habe und die Haushaltsberatungen aufgrund dessen eine andere Qualität erwarten ließen. Im Folgenden geht er auf die von Herrn Klug angesprochenen Unstimmigkeiten ein und gibt zu bedenken, dass man hier von einer relativen und nicht von einer absoluten Betrachtungsweise ausgehen müsse. Aussagekräftig sei die Entwicklung der Zahlen, nicht deren absolute Höhe.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) unterstreicht nochmals die insgesamt sehr gute Darstellung. Aus den Kennzahlen sei weitaus mehr abzulesen als aus den Strukturinformationen.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) hält eine Trennung der Kennzahlendarstellung von Musik- und Kunstschule vor dem Hintergrund der notwendigen Steuerung ebenfalls für notwendig.

Auch er bittet allerdings um Klärung verschiedener Unstimmigkeiten in der Darstellung.

**Stadtkämmerer Freytag** erläutert die Fragen und weist darauf hin, dass die Zahlen in der Vorlage gegenüber dem Haushaltsplanentwurf aktualisiert seien.

**Erster Beigeordneter Brandt** gibt zu bedenken, dass eine Gesamtdarstellung der Realität näher komme, da Kunst- und Musikschule eine Einheit bildeten.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt, ob die Entwicklung der Kunstschule über die Jahre hinweg rückläufig oder konstant geblieben sei. Er stellt fest, dass für 109 Kinder 133 Unterrichtsstunden erteilt würden. Dies seien lediglich 3 Stunden pro Woche. Er bittet diesbezüglich um Klärung und um Vergleich mit den Zahlen aus 2003/2004. Er gibt zu bedenken, dass die Grundlage stimmen müsse, da ansonsten die ganze Diskussion sinnlos sei.

**Ratsherr Hosmann** (CDU) kritisiert die „Erbsenzählerei“. Tatsache sei, dass der Anteil der Musikschule 93 % ausmache und der Anteil der Kunstschule 7 %. Man solle besser über elementare Dinge diskutieren anstatt sich mit Unwichtigkeiten aufzuhalten.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) kann den Sinn der hier vorgenommenen Divisionen nicht erkennen, da s. E. die Kennzahlen in diesem Falle nichts aussagten. Er hielte es für besser, die Kostendeckungsgrade aufzugliedern.

**Ratsfrau Küster** (CDU) schlägt vor, lediglich das Saldo zu betrachten und dann den Verantwortlichen klar aufzuzeigen, in welcher Höhe Einsparungen vorgenommen werden müssten.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) erklärt, dass dies in der Kameralistik möglich gewesen sei, heute jedoch nicht mehr funktioniere. Man müsse daher die Kennzahlen betrachten und festlegen, wo etwas passieren müsse. Allerdings müsse die Vorlage auch zahlen- und rechnungsmäßig lesbar und nachvollziehbar sein.

**Ratsherr Hosmann** (CDU) macht nochmals deutlich, dass es nicht Sache des Rates sondern der für die Kunst- und Musikschule Verantwortlichen sei, den Deckungsgrad zu erhöhen.

### **3.5 Abstimmung der noch offenen Anträge der Fraktionen**

**Bezug: HA 11. und 18.2.08**

**Vorlage-Nr. 60/07 I und 60/07 r**

1. Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der **GRÜNEN** ab, den Haushaltsansatz um 10.000 € für die Wiederaufnahme der jährlichen finanziellen Zuwendung an die Familienberatungsstelle zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 12 : 1

2. **Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) zieht den Antrag seiner Fraktion, 20.000 € für die Einrichtung einer Schulsozialarbeiterinstelle an der Pestalozzischule ab dem nächsten Schuljahr zu veranschlagen unter Bezugnahme auf die Erklärungen des Bürgermeisters und des **CDU-Fraktionsvorsitzenden Klug** zurück, dass eine überplanmäßige Ausgabe veranlasst werde, falls sich im Laufe des Jahres diesbezüglich ein städtischer Handlungsbedarf ergebe.
3. Der Hauptausschuss beschließt, in Abänderung des ursprünglichen Antrages der GRÜNEN für das Jahr 2009 Mittel in Höhe von 40.000 € für die verkehrstechnische und stadtplanerische Gestaltung der Pingsdorfer Straße in den Haushalt einzustellen.

- einstimmig -

4. Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der **SPD-Fraktion** ab, an den Festausschuss Brühler Karneval einen Zuschuss in Höhe von 5.000 € zu zahlen.

Abstimmungsergebnis: 8 : 4 bei 1 Enthaltung

5. Auf Antrag von **Ratsherrn Hosmann** (CDU) beschließt der Hauptausschuss, den Ansatz für Bewirtungskosten in der Produktgruppe 2502 um 1.000 € zu erhöhen, um die Jurysitzungen im Rahmen der Kulturpreisverleihungen mit einem Imbiss und Getränken ausklingen lassen zu können.

Abstimmungsergebnis: 8 : 1 bei 4 Enthaltungen

#### **4. Wiedereingliederung des Sondervermögens „Abwasser“ in die Stadt Brühl Vorlage-Nr. 34/92 as**

Auf Antrag des **Fraktionsvorsitzenden Schmitz** (fw/bVb) verweist der Hauptausschuss die Angelegenheit zur Beschlussfassung an den Rat.

- einstimmig -

#### **5. Bürgerschaftsübernahme Vorlage-Nr. 249/88 f**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Regelung über die Gewährung von Bürgerschaften, die unter die De-minimis-Verordnung fallen.

- einstimmig –

#### **6. Benennung einer Straße nach Xavier Kürten hier: Bürgerantrag vom 12.3.01 Bezug: HA 7.5.01 Vorlage-Nr. 387/80 bt**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat benennt den Weg von der Bonnstraße entlang des Schlossparkstadions bis zur Tiergartenstraße

„ **Xavier-Kürten-Weg** “

- einstimmig -

#### **7. Neues Internetportal Vorlage-Nr. 12/89 bg**

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

---

**Herr Nies**, Informationsmanagement/03, verzichtet in Anbetracht der vorgerückten Zeit auf eine Powerpoint-Präsentation des neuen Internetportals. Er berichtet über eine durchweg positive Resonanz und bittet, ihm eventuelle Probleme zu melden.

**Bürgermeister Kreuzberg** bedankt sich bei Herrn Nies für die professionelle und aufopferungsvolle Arbeit.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) befürwortet die neue Darstellung, die ohne Werbung nun besser sei. Allerdings sei ein Zugriff auf den Stadtrat nicht direkt möglich, während das Phantasialand bereits auf der Hauptseite angesiedelt sei.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) regt ebenfalls an, Brühl mehr als Wirtschaftsstandort zu verkaufen und auch andere größere Firmen, wie z.B. Dom, das Eisenwerk und Renault besser darzustellen.

## **8. Anfragen**

### **8.1 Max-Ernst-Kabinett**

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) fragt, wer die Kosten zahle für die Nutzung des Max-Ernst-Kabinetts durch die Museumspädagogik.

#### **Beantwortung in der Niederschrift:**

Der Landschaftsverband Rheinland zahlt keine Miete, übernimmt allerdings sämtliche anfallenden Nebenkosten.